

*Dutschke* bestieg damals am Heiligen Abend die Kanzel der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, die noch stets als Symbol des konservativen Berliner Protestantismus gilt. Und schon früh zogen die rebellierenden Mitglieder von SDS und APO die evangelische Studentengemeinde in ihren Bann. Freilich sollte auch nicht vergessen werden, daß es Ostern 1968 beim Sturm auf den Kurfürstendamm Bischof Scharf war, dem es gelang, seinen mäßigen Einfluß auf die Auführer geltend zu machen. Es war derselbe Scharf, der sich für die Freilassung von Gefangenen in den Zuchthäusern der DDR eingesetzt hat und der ebenso mutig für die umstrittene Ost-Denkchrift der EKD eingetreten ist. Wer ihn heute, da er mit gleichem Engagement für irregeleitete Terroristen in Gefängnissen eintritt, um sie zu Einsicht und möglichst zur Umkehr zu bewegen, als Baader-Meinhof-Bischof

beschimpft, begeht mehr als eine Geschmacklosigkeit. Ob man in Kurt Scharf allerdings jene „franziskanische Natur“ erblicken kann, zu der ihn sein Freund Gollwitzer hochstilisierte, mag bezweifelt werden. Viele seiner Kritiker fragen sich, ob die Sorge der Kirche für die Randgruppen, für Verirrte, für politisch und gesellschaftlich Gestrauchelte so weit getrieben werden muß, daß die übrigen sich vernachlässigt, vergessen, überflüssig vorkommen. Sie meinen, es sei etwas faul, wenn die „schweigende Mehrheit“ in der Kirche, sofern dies aus dem politischen Bereich entlehnte Bild erlaubt ist, den Pfarrer, den Bischof nicht mehr versteht. Hier könnte wohl nur eine ernste Rückbesinnung auf die Kernaufgaben kirchlicher Verkündigung Heilung bewirken. Auf jeden Fall ist eine Heilung nur von mehr Einheit, nicht von einer weiteren Spaltung zu erwarten.

E.-A. J.

dem Patriarchen von Moskau und All-Rußland, *Pimen*, geleitet wird“ (TASS, englisch, 17. 9. 74).

## Die ersten Attacken kamen aus Tirana

Es überrascht unter diesen Umständen nicht, daß Moskaus ideologische Gegner im Weltkommunismus, Rotchina und Albanien, diese aus ihrer Sicht etwas merkwürdige Politik des Kremls unter Beschuß genommen haben. Wenn sich bisher die ideologische Auseinandersetzung zwischen diesen beiden kommunistischen Lagern hauptsächlich auf dem Gebiet der kommunistischen Theorie und der praktischen Politik abgespielt hatte, hat sie jetzt auch auf die Religionspolitik der Regierungen und das Verhältnis zwischen Staat und Religion übergegriffen.

Der Anstoß dazu kam diesmal allerdings nicht aus Peking, sondern aus der albanischen Hauptstadt Tirana. In Albanien, wo Parteichef *Enver Hodscha* schon auf dem VI. Parteitag der Albanischen Partei der Arbeit im November 1971 festgestellt hatte, daß Albanien das erste Land der Welt ist, wo es keine Kirchen gibt (vgl. HK, April 1968, 192), begann sich die Parteipresse mit der Stellung der Religion und der Kirchen in der Sowjetunion und auch den anderen osteuropäischen kommunistischen Ländern intensiver zu beschäftigen. Den Impuls dazu gab ein Grundsatzartikel im Parteizentralorgan „*Zeri i Popullit*“, der die *Gründe für das Aufleben der Religion in den osteuropäischen sozialistischen Staaten* untersuchte. In dem Beitrag wird der Sowjetregierung vorgeworfen, daß sie ein Buch über die Synode der orthodoxen Kirche Rußlands erscheinen ließ. „Darin“, so „*Zeri i Popullit*“, „sind Materialien von der Vorbereitung der Synode, von der Organisation, die Ansprachen der Teilnehmer sowie die Biographien des Patriarchen *Pimen*, der der ‚Hauptling‘ der russischen Kirche ist und gleichzeitig ein treuer Diener der sowjetischen Revisionisten-Clique... Auch die anderen revisionistischen Cliquen haben

## Albanien und China werfen Moskau „Religionsfreundlichkeit“ vor

Zwei recht situationstypische Nachrichten aus Moskau machen deutlich, wie sich die kommunistische Sowjetunion mit ihrer einerseits dem Westen tolerierenden Entspannungspolitik und der Nötigung, innenpolitisch die Zügel zu straffen, in einer Zwickmühle befindet. Dies gilt auch für das Verhältnis der sowjetischen Kommunisten und der sowjetischen Regierung zu den Kirchen, zur Religion. So berichtet am 10. November 1974 das Zentralorgan der sowjetischen KP „*Prawda*“, daß in der Sowjetunion ein *antireligiöses Nachschlagewerk* erschienen ist. „Das Buch“, so die „*Prawda*“, „enthält grundlegende Arbeiten Lenins über den Atheismus und die atheistische Erziehung, Dokumente über Religion, Kirche und wissenschaftlich-atheistische Propaganda. Ein beträchtlicher Teil des Nachschlagewerkes ist der Praxis der atheistischen Erziehung gewidmet.“ Das Buch ist im Verlag der politischen Literatur, also dem Verlags- haus des Zentralkomitees der KPdSU

erschienen und kann damit als ein offizielles Dokument der gegenwärtigen sowjetischen Parteiführung gewertet werden. Aber die gleiche Parteiführung, die in einer Massenaufgabe die Religion schwer angreift, hatte es erlaubt, daß eine *Delegation des Nationalrats der Kirchen* der Vereinigten Staaten 23 Tage lang die Sowjetunion besuchte. Allerdings wurde die Nachricht über den Besuch der amerikanischen Christen nicht in den offiziellen Presseorganen der Sowjetunion, sondern nur in der fremdsprachigen Berichterstattung der amtlichen Presseagentur TASS erwähnt, die auch das Kommuniqué über den Besuch und Verhandlungen mit führenden Vertretern der Russisch-Orthodoxen Kirche der Sowjetunion verbreitete. Dort wird auch mitgeteilt, daß „eine Delegation der Kirchen der UdSSR im Februar — März nächsten Jahres auf Einladung des Nationalrats einen Gegenbesuch in den USA machen wird. Es wird angenommen, daß diese Delegation von

sämtliche Bedingungen für ein Aufblühen der Religion in ihren Ländern geschaffen . . . Die Bande zwischen dem Vatikan und den Revisionisten-Cliquen werden ständig stärker . . . Die Kirche hat den Revisionisten geholfen und versprochen, ihnen jederzeit dabei behilflich zu sein, das Bewußtsein des Volkes zu betäuben und die Menschen von wichtigen politischen und gesellschaftlichen Problemen abzulenken . . .“ (Albanische Presseagentur ATA, englisch, 22. 11. 73).

Schon einige Wochen später wurde dieser Angriff des albanischen Parteiorgans theoretisch in einem Beitrag der Zeitschrift „Mesuesi“, dem Organ des Ministeriums für Erziehung und Kultur, begründet. Hier wird der Sowjetunion vorgeworfen, sie sehe ihr Ziel darin, „die philosophischen und revisionistischen Grundlagen des Marxismus und den dialektischen Materialismus zu revidieren und durch Idealismus sowie Metaphysik zu ersetzen“. Und abschließend meint das Blatt: „Die gegenwärtigen Scharlatane in den imperialistisch-revisionistischen Ländern, die Idealismus, Agnostizismus und Irrationalismus verbreiten, müssen Haß und Abscheu ernten. Die staatlich anerkannten Diener der herrschenden Klasse haben einerseits das Ziel, die Wissenschaft zu einem gehorsamen Sklaven des religiösen Aberglaubens zu machen und sie von der Philosophie des Marxismus-Leninismus abzulösen. Andererseits wollen sie die Weltanschauung der arbeitenden Massen schwächen und lähmen, indem sie sie mit mystischen und spiritualistischen Anschauungen vollstopfen“ (Albanische Presseagentur ATA, englisch, 14. 1. 74).

### **Peking stellt „Religionsschwärmerei“ fest**

Die albanischen Vorwürfe und Kritik blieben damals auch in der Volksrepublik China nicht lange ohne Resonanz. Hier war es ebenfalls das Zentralorgan der KP Chinas, die „Volkszeitung“, die diese Kampagne übernahm. Unter dem Titel „Religionsschwärmerei in der Sowjetunion“ wird

festgestellt: „Veranlaßt und angefeuert durch die sowjetrevisionistische Führungsqlique herrscht heute in der Sowjetunion eine Religionsschwärmerei . . . Alle 54 Kirchen Moskaus waren (zu Ostern) bis zum Bersten voll und von Polizei und Armee bewacht . . . Daß in einem Staat, der sich für einen entwickelten sozialistischen Staat ausgibt, eine solche Religionsschwärmerei entstanden ist, ist wirklich bemerkenswert. Man muß fragen, warum in der Heimat des großen Lenin ein derartiger sozialer Rückgang zutage treten konnte . . .“ (zit. nach Radio Peking, deutsch, 23. 7. 74).

Die Volkszeitung zählt dann die „Beweise“ für die von dem anonymen Autor gestellte These auf. „Beeinflußt durch diese sogenannte religiöse Erziehung, wird es heute in der Sowjetunion immer populärer, daß junge Paare in Kirchen Hochzeit feiern und die Kinder getauft werden . . . Die religiösen Kräfte nehmen ständig zu und haben überall ihre Finger drin. Die Religionsschwärmerei spiegelt von einer Seite auch die starke Unzufriedenheit des sowjetischen Volkes mit der Realität wider . . .“

Interessant ist im Zusammenhang mit diesen Angriffen aus Tirana und Peking die *sowjetische Stellungnahme*. Wenn die albanischen und rotchinesischen Theoretiker wirklich einen wunden Punkt der sowjetischen und von ihr abhängigen Parteiführungen getroffen hätten, müßte man erwarten, daß Moskau schweigen würde. Aber das Gegenteil ist geschehen. Vor allem in den sowjetischen Teilrepubliken ist man zum massiven Gegenangriff angetreten. Dies machte sich hauptsächlich in der sowjetischen Ukraine bemerkbar. Hier ging man — um die Pekinger Kritik wahrscheinlich noch zu übertrumpfen — zu einer noch absurderen Beschuldigung von Maos Rotchina über. Die Zeitschrift „Radjanska Ukraina“ beschäftigte sich unlängst mit der ideologischen Situation in der Ukraine, die schon öfters von den zuständigen Parteigremien kritisiert wurde und stellte überraschend fest:

„Das Wesen der schmutzigen Allianz zwischen den ukrainischen bürgerlichen Nationalisten, den Zionisten und den Maoisten wird noch deutlicher, wenn man die Zeit berücksichtigt, seit der sich das Kriechertum der Emigrantenführer von Tel Aviv und Peking durch eine zunehmende Aktivität auszeichnet . . . Die unheilvolle Allianz der ukrainischen Nationalisten hat auch den Segen der Exilkirche!“ (Radjanska Ukraina, 18. 8. 74).

### **Ein Anlaß, den Kirchenkampf zu verstärken?**

Dieser unglaubliche Versuch, die „bürgerlichen Nationalisten, Zionisten und Maoisten“ als Verbündete der Kirche und umgekehrt darzustellen, ist aber nicht neu. Auf der Sitzung des Plenums des Zentralkomitees der ukrainischen KP im Mai 1974 hat zu diesen Fragen auch der Erste Sekretär des ZK der KP der Ukraine W. W. Schtscherbitskij Stellung bezogen. Auch er bezichtigte die Religion und die Kirche, als „Verbündete“ und „Helfershelfer der Maoisten und Nationalisten in der Ukraine tätig zu sein. Dabei stellte er gleichzeitig fest, daß in der letzten Zeit die Religion unter der Bevölkerung festen Fuß gefaßt habe. „Der religiöse Glaube und Aberglaube sind als die zähesten Überbleibsel der Vergangenheit bekannt. Jedoch sind einige Partei-, Sowjet- und Komsomol-Organisationen in ihrer Arbeit unter den Gläubigen gegen die Religion und in ihrer Propaganda für wissenschaftliche und naturwissenschaftliche Kenntnisse nicht aktiv genug . . . Die atheistische Erziehung der arbeitenden Bevölkerung muß intensiver und differenzierter betrieben werden zusammen mit einer breiten Einführung der neuen sowjetischen Rituale und Zeremonien . . .“ (Radio Kiew, ukrainisch, 17. 5. 74). Und daß eine ähnliche Situation auch in Armenien und Georgien herrscht, darüber gibt die Rede des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees des Komsomols Georgiens, Shartawa, Auskunft. Shartawa wies darauf hin, daß die *ideolo-*

gisch-erzieherische Arbeit unter jungen Menschen „viele Mängel“ aufweist. Besondere Beachtung müsse der „anti-religiösen Propaganda gewidmet werden“. Und da einige Komsomol-Funktionäre auf diesem Gebiet zu lasch gearbeitet haben, mußten 47 ihre Funktionen abgeben (Sarja Wostoka, Tbilisi, 19. 2. 74). Es soll aber nicht nur in den Randgebieten schärfer gegen die Kirche vorgegangen werden. Schon

einige Wochen nach der „Kritik“ der Pekinger „Volkszeitung“ glaubte sich das Zentralorgan der sowjetischen Kommunisten „Prawda“ gezwungen, sich zu rechtfertigen. In einem Grundsatzartikel über die Religion in der Sowjetunion bekräftigte sie: „Indem sie die Gläubigen in eine Welt phantastischer Trugbilder entführt und sie zwingt, auf eine Belohnung im Himmel zu vertrauen, mindert die Reli-

gion die schöpferischen Aktivitäten des Menschen“ (Prawda, 19. 8. 74).

Daß die Diskussion über die Religion und Kirche zwischen Peking, Tirana und Moskau fortgesetzt wird, kann erwartet werden. Welchen Ausgang sie aber haben wird, ist noch nicht abzuschätzen. Eins scheint aber sicher zu sein: Positiv für die Christen in diesen Ländern ist sie gewiß nicht. R. St.

## Interview

# Österreichs Kirche in Konflikt mit den Sozialisten

## Ein Gespräch mit dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky

*Nach der Verabschiedung der Fristenregelung, die inzwischen vom österreichischen Verfassungsgerichtshof bestätigt wurde und am 1. Januar 1975 in Kraft tritt, und nach der Einleitung eines Volksbegehrens zur Abschaffung des Gesetzes, das von den Bischöfen nach einigem Zögern unterstützt wird (vgl. HK, November 1974, 589), bahnt sich in Österreich ein Konflikt zwischen der regierenden sozialistischen Partei und der katholischen Kirche an. Von den Gründen und Hintergründen dieses Konflikts, der sich als größtes Zerwürfnis zwischen der Kirche und einer österreichischen Bundesregierung seit 1945 ankündigt, handelt das folgende Interview mit dem österreichischen Bundeskanzler und Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Österreichs, Bruno Kreisky. Es wurde im Rahmen eines längeren Gesprächs über die innen- und parteipolitische Situation Österreichs aufgenommen. Auszüge daraus wurden in der „Kleinen Zeitung“ (Graz) vom 25. November 1974 veröffentlicht. Die Fragen stellten Fritz Csoklich (Graz) und Herbert Weissenberger (Wien).*

**HK:** Wir sehen uns zur Zeit einer Zuspitzung der weltanschaulichen Auseinandersetzung in Österreich gegenüber, in der da und dort wieder kulturkämpferische Anklänge durchschlagen, und zwar sowohl auf sozialistischer wie auf katholischer Seite. Ist es nicht beängstigend, daß derartige Tendenzen nun wieder zu beobachten sind,

aufgeheizt durch den Beschluß der Fristenlösung, der in Österreich mit dem 1. Januar 1975 Gesetz wird?

**Kreisky:** Vor der Fristenlösung hat es in Österreich keinerlei Anzeichen für eine Tendenz zum Kulturkampf gegeben. Es hat vielleicht keine sehr intensiven Beziehungen zwischen der sozialistischen Bewegung in ihrer Gesamtheit und den katholischen Organisationen gegeben, aber zwischen Kirche und sozialdemokratischer Bewegung in Österreich hat es keine Gegensätze gegeben, in keiner Frage.

### „Eine Situation, in der es keinen Kompromiß gibt“

**HK:** War nicht schon früher eine gewisse Entfremdung zwischen Kirche und Sozialistischer Partei Österreichs (SPÖ) zu verzeichnen?

**Kreisky:** Nein.

**HK:** Wenn man sich zurückerinnert an die Anfänge des nachkonziliaren Dialogs zwischen Kirche und SPÖ, beispielsweise an das inzwischen historisch gewordene Gespräch im November 1967 in St. Pölten zwischen führen-